

- TEXTFASSUNG -

**Verwaltungskostensatzung
der Stadt Mühlhausen/Thüringen**

§ 1

Verwaltungskostenpflichtige öffentliche Leistungen

- (1) Die Stadt Mühlhausen erhebt aufgrund dieser Verwaltungskostensatzung in Verbindung mit dem jeweils gültigen Kostenverzeichnis für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen im eigenen Wirkungskreis Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen).
- (2) Verwaltungskostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer öffentlichen Leistung gerichteter Antrag zurückgenommen wird oder sich auf andere Weise erledigt.
- (3) Gebühren, die aufgrund von Gesetzen und anderer - auch gemeindlicher/städtischer Rechtsvorschriften - erhoben werden, namentlich Benutzungsgebühren, bleiben von dieser Satzung unberührt.
- (4) Unterliegt die öffentliche Leistung der Umsatzsteuer, ist diese zu erheben.
- (5) Öffentliche Leistungen sind
 1. Amtshandlungen; eine Amtshandlung ist jede mit Außenwirkung in Ausübung hoheitlicher Befugnisse vorgenommene Handlung; sie liegt auch dann vor, wenn ein Einverständnis der Behörde, insbesondere eine Genehmigung, Erlaubnis oder Zustimmung, nach Ablauf einer bestimmten Frist aufgrund einer Rechtsvorschrift als erteilt gilt,
 2. Überwachungsmaßnahmen, Prüfungen und Untersuchungen sowie
 3. sonstige Leistungen, die im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit erbracht werden.
- (6) Individuell zurechenbar sind insbesondere öffentliche Leistungen, die
 1. beantragt, sonst willentlich in Anspruch genommen oder zugunsten des Leistungsempfängers erbracht werden oder
 2. aufgrund des Verhalten einer Person oder des von einer Person zu vertretenden Zustands einer Sache im öffentlichen Interesse erbracht werden.

§ 2

Sachliche Verwaltungskostenfreiheit

- (1) Verwaltungskostenfrei sind
 1. einfache mündliche oder schriftliche Auskünfte; dies gilt nicht für Auskünfte aus Registern und Dateien,
 2. die Erteilung von Bescheiden über öffentlich-rechtliche Geldforderungen,
 3. Entscheidungen über die Stundung, den Erlass, die Niederschlagung oder die Erstattung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen,
 4. Entscheidungen über die Festsetzung von Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln,

5. Entscheidungen über Anträge auf Geldleistungen, wie Unterstützungen oder Zuwendungen,
 6. öffentliche Leistungen im Rahmen eines bestehenden oder früheren öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses,
 7. Entscheidungen über Gegenvorstellungen und Aufsichtsbeschwerden,
 8. Entscheidungen über die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach den §§ 80 und 80a VwGO,
 9. öffentliche Leistungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden.
- (2) Die Verwaltungskostenfreiheit gilt nicht für den Widerruf oder die Rücknahme einer Amtshandlung, sofern der Verwaltungskostenschuldner dies zu vertreten hat.

§ 3

Persönliche Gebührenfreiheit

- (1) Von der Entrichtung von Verwaltungsgebühren sind befreit:
1. die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer; dies gilt nur, wenn die Summe der Verwaltungskosten für eine Angelegenheit den Betrag von 500 Euro nicht übersteigt,
 2. Landkreise, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts und
 3. Kirchen sowie andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, welche die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben.
- (2) Die persönliche Gebührenfreiheit gilt nicht, wenn
1. die Gebühr Dritten auferlegt oder auf Dritte umgelegt werden kann,
 2. die öffentliche Leistung einen Betrieb nach § 26 Abs. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBL S. 282) in der jeweils geltenden Fassung oder vergleichbare Betriebe des Bundes oder der anderen Länder betrifft oder
 3. die öffentliche Leistung einen kommunalen Eigenbetrieb nach § 76 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41) in der jeweils geltenden Fassung betrifft, es sei denn, dass der Eigenbetrieb Leistungen erbringt zu deren Bereitstellung die kommunalen Körperschaften gesetzlich verpflichtet sind.
- (3) Befreiungen und Ermäßigungen, die auf besonderen gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleiben unberührt.

§ 4

Gebühren in besonderen Fällen

- (1) Wird ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit ganz oder teilweise abgelehnt, wird eine Gebühr bis zu der Höhe erhoben, die für die öffentliche Leistung vorgesehen ist, mindestens jedoch 20 Euro. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, so wird keine Gebühr erhoben.
- (2) Wird eine Amtshandlung von der Behörde aus Gründen, die der Verwaltungskostenschuldner zu vertreten hat, zurückgenommen oder widerrufen, so ist eine Gebühr bis zu der Höhe zu erheben, die für die zurückgenommene oder widerrufen Amtshandlung im

Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs vorgesehen ist. Ist für eine solche Amtshandlung eine Gebühr nicht vorgesehen oder wäre sie gebührenfrei, ist eine Gebühr bis zu 2 000 Euro zu erheben. In den Fällen der Sätze 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 20 Euro. Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Verwaltungskostenschuldner die Rücknahme oder den Widerruf nicht zu vertreten hat.

- (3) Wird ein Antrag zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, bevor die öffentliche Leistung vollständig erbracht worden ist, werden bis zu 75 v.H. der für die öffentliche Leistung vorgesehenen Gebühr erhoben. Erfolgt die Gebührenberechnung nach dem Zeitaufwand, wird der bis zur Zurücknahme oder Erledigung des Antrags entstandene Zeitaufwand zugrunde gelegt. In den Fällen der Sätze 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 20 Euro. Hatte die Behörde mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen oder ist die beantragte öffentliche Leistung gebührenfrei, wird keine Gebühr erhoben.
- (4) Ist eine öffentliche Leistung, für die Verwaltungskosten nicht zu erheben wären, missbräuchlich veranlasst worden, so wird eine Gebühr bis zu 1.000 Euro erhoben, mindestens jedoch 20 Euro.
- (5) Gebühren, die bei richtiger Behandlung der Sache durch die Behörde nicht entstanden wären, werden nicht erhoben.

§ 5

Verwaltungskostengläubiger

Verwaltungskostengläubiger ist die Stadt Mühlhausen/Thüringen.

§ 6

Verwaltungskostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Verwaltungskosten ist verpflichtet,
 1. wem die öffentliche Leistung individuell zuzurechnen ist,
 2. wer die Verwaltungskosten durch eine vor der zuständigen Behörde abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat oder
 3. wer für die Verwaltungskostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Verwaltungskostenschuldner ist auch, wer als gesetzlicher Vertreter, Vermögensverwalter oder Verfügungsberechtigter im Sinne der §§ 34 und 35 der Abgabenordnung infolge vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der ihm auferlegten Pflichten veranlasst hat, dass Verwaltungskosten nicht, nicht rechtzeitig oder nur teilweise erhoben werden können. Dies umfasst auch die infolge der Pflichtverletzung zu zahlenden Säumniszuschläge.
- (3) Mehrere Verwaltungskostenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (4) Auslagen, die durch unbegründete Einwendungen oder durch schuldhaftes Verhalten entstanden sind, hat derjenige zu tragen, der sie verursacht hat.

§ 7

Gebührenbemessung

- (1) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem anliegenden Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung, das Bestandteil dieser Satzung ist.

- (2) Die Gebührenerhebung erfolgt durch Festgebühren, Wertgebühren und Zeitgebühren.
- (3) Festgebühren sind die mit einem bestimmten unveränderlichen Betrag vorgesehenen Gebühren.
- (4) Wertgebühren werden nach dem Wert des Gegenstands, auf den sich die öffentliche Leistung bezieht, bemessen. Bei der Festsetzung einer Wertgebühr wird der Wert zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung zugrunde gelegt.
- (5) Zeitgebühren werden nach dem für die öffentliche Leistung erforderlichen Zeitaufwand bemessen.

§ 8 Rahmengebühren

Rahmengebühren werden durch einen Mindest- und Höchstsatz bestimmt. Bei öffentlichen Leistungen, für die in dem Kostenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, wird die Gebühr bemessen

1. nach der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der öffentlichen Leistung und
2. nach dem mit der Vornahme der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungsaufwand.

§ 9 Pauschgebühren

Die Gebühr für regelmäßig wiederkehrende öffentliche Leistungen kann auf Antrag für einen im Voraus bestimmten Zeitraum, jedoch nicht für länger als ein Jahr, durch einen Pauschbetrag abgegolten werden. Bei der Bemessung des Pauschbetrages wird der geringere Umfang der Verwaltungsarbeit berücksichtigt.

§ 10 Auslagen

- (1) Folgende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit einer öffentlichen Leistung und in den Fällen des § 1 Abs. 2 entstehen, werden als Auslagen gesondert erhoben:
 1. Entschädigungen für Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher oder Übersetzer,
 2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen,
 3. Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Zustellungen durch die Behörde,
 4. Vergütungen und andere Aufwendungen für die Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle,
 5. Beträge, die Behörden, Einrichtungen, natürlichen oder juristischen Personen zustehen sowie
 6. Aufwendungen für Ausfertigungen, Abschriften und Kopien, soweit sie auf besonderen Antrag hergestellt oder aus vom Verwaltungskostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden,
 7. Kosten der Verwahrung oder Beförderung.
- (2) Die Auslagen werden in der tatsächlich entstandenen Höhe erhoben. Im Kostenverzeichnis kann bestimmt werden, dass entstandene Auslagen mit der Gebühr abgegolten sind oder pauschaliert erhoben werden.

- (3) Auslagen nach § 1 Nr. 5 werden auch dann erhoben, wenn die verwaltungskostenerhebende Behörde aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an die andere Behörde, Einrichtung, natürliche oder juristische Person keine Zahlungen leistet.
- (4) Auslagen werden außer in den Fällen des § 2 Abs. 1 auch dann erhoben, wenn die öffentliche Leistung gebührenfrei ist.
- (5) Auslagen, die bei richtiger Sachbehandlung nicht entstanden wären, werden nicht erhoben. Das Gleiche gilt für Auslagen, die durch die Verlegung eines Termins oder durch die Vertagung einer Verhandlung entstanden sind, soweit dies nicht dem Auslagenschuldner zuzurechnen ist.

§ 11

Verwaltungskostenentscheidung

- (1) Die Verwaltungskosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Verwaltungskosten soll, soweit möglich, zusammen mit der Sachentscheidung ergehen.
- (2) Aus der Verwaltungskostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen:
 1. die verwaltungskostenerhebende Behörde,
 2. der Verwaltungskostenschuldner,
 3. die kostenpflichtige öffentliche Leistung,
 4. die als Gebühren und Auslagen zu zahlenden Beträge sowie
 5. wo, wann und wie die Gebühren und die Auslagen zu zahlen sind.
- (3) Die Verwaltungskostenentscheidung kann mündlich ergehen; sie ist auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, sind auch die Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.
- (4) Die Verwaltungskostenentscheidung kann vorläufig ergehen, wenn der für die Ermittlung der Gebühr maßgebende Wert des Gegenstands der öffentlichen Leistung ungewiss ist. Sie wird geändert oder für endgültig erklärt, sobald die Ungewissheit beseitigt ist.
- (5) Vor der endgültigen Festsetzung der Gebühr kann die Summe der erstattungsfähigen Auslagen im Sinne des § 10 festgesetzt werden. Gebühren und Auslagen werden dann jeweils nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 getrennt festgesetzt.

§ 12

Entstehen und Fälligkeit der Verwaltungskostenschuld

- (1) Die Gebührenschild entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der zuständigen Behörde, im Übrigen mit der vollständigen Erbringung der öffentlichen Leistung. Bei Pauschgebühren entsteht die Gebührenschild mit der Genehmigung des Antrags nach § 9. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erhebenden Betrages; in den Fällen des § 10 Abs. 3 mit der vollständigen Erbringung der öffentlichen Leistung.

- (2) Die Verwaltungskosten werden mit der Bekanntgabe der Verwaltungskostenentscheidung an den Verwaltungskostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.

§ 13 Säumniszuschlag

- (1) Werden Gebühren oder Auslagen nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so wird für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. des abgerundeten rückständigen Betrages erhoben, wenn dieser 50 Euro übersteigt. Ein Säumniszuschlag wird bei einer Säumnis bis zu drei Tagen nicht erhoben.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Säumniszuschläge, die nicht rechtzeitig entrichtet werden.
- (3) Für die Berechnung des Säumniszuschlags wird der rückständige Betrag auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag abgerundet.
- (4) Als Tag, an dem eine Zahlung entrichtet worden ist, gilt
1. bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an die für den Kostenträger zuständigen Kasse der Tag des Eingangs oder
 2. bei Überweisung oder Einzahlung auf ein Konto der für den Verwaltungskostengläubiger zuständigen Kasse und bei Einzahlung mit Zahlkarte oder Postanweisung der Tag, an dem der Betrag der Kasse gutgeschrieben wird.
- (5) In den Fällen der Gesamtschuld entstehen Säumniszuschläge gegenüber jedem säumigen Gesamtschuldner. Insgesamt ist jedoch kein höherer Säumniszuschlag zu entrichten als entstanden wäre, wenn die Säumnis nur bei einem Gesamtschuldner eingetreten wäre.

§ 14 Kostenvorschuss, Sicherheitsleistung, Zurückbehaltungsrecht

- (1) Die Behörde kann bei öffentlichen Leistungen, die auf Antrag vorgenommen werden, die Zahlung eines Kostenvorschusses und/oder die Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Verwaltungskosten verlangen. Unbeschadet des Satzes 1 kann die Behörde eine öffentliche Leistung, die auf Antrag vorgenommen wird, davon abhängig machen, dass der Antragsteller keine Verwaltungskostenrückstände für öffentliche Leistungen des gleichen Sachgebiets hat.
- (2) Dem Antragsteller wird eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses, zur Leistung der Sicherheit oder zur Begleichung des Rückstands gesetzt. Die Behörde kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses, der Sicherheitsleistung oder des Rückstands hierauf hingewiesen worden ist.
- (3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der angeforderten Verwaltungskosten zurückbehalten werden.

§ 15 Billigkeitsregelungen

- (1) Die festsetzende Behörde kann die Verwaltungskosten ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verwaltungskostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.
- (2) Für die Stundung, den Erlass, die Niederschlagung und die Herabsetzung von Verwaltungskostenforderungen gelten gem. § 15 Abs. 1, Nr. 4, 5 und 6 ThürKAG die §§ 163 Abs. 1 (abweichende Festsetzung wegen Unbilligkeit), 222 (Stundung), 227 Abs. 1 (Erlass) und 261 (Niederschlagung) der Abgabenordnung.

§ 16 Vollstreckung

Rückständige Gebühren und Auslagen, die nach dieser Kostensatzung erhoben werden, unterliegen der Beitreibung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (ThürVwZVG) in der Neufassung vom 27.09.1994 (GVBl. S. 1053).

§ 17 Zuwiderhandlungen

- (1) Gemäß § 16 ThürKAG wird wegen Abgabenhinterziehung mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen
 1. einer Gemeinde oder einem Landkreis über Tatsachen, die für die Erhebung oder Bemessung von Abgaben erheblich sind, unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder
 2. eine Gemeinde oder einen Landkreis pflichtwidrig über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.Der Versuch ist strafbar.
- (2) Ordnungswidrig handelt gemäß § 17 ThürKAG und kann mit Geldbuße bis zu 10.000,00 € belegt werden, wer als Abgabenschuldiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Abgabenschuldigen eine der im Absatz 1 bezeichneten Taten leichtfertig begeht (leichtfertige Abgabeverkürzung).
- (3) Ordnungswidrig handelt auch und kann mit Geldbuße bis zu 5.000,00 € belegt werden, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind oder
 2. den Vorschriften einer Abgabensatzung zur Sicherung oder Erleichterung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung oder Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Vorlegung von Gegenständen oder zur Erhebung und Abführung kommunalen Abgaben zuwiderhandelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabegefährdung).

§ 18 Rechtsbehelf

Gegen die Erhebung von Verwaltungskosten aufgrund dieser Verwaltungskostensatzung sind die Rechtsbehelfe nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben. Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen die Heranziehung zu Verwaltungskosten nach dieser Satzung wird die Verpflichtung zur Zahlung nicht aufgehoben.

§19 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Mühlhausen

A Allgemeine Verwaltungskosten

I. Gebühren

- | | |
|--|--|
| 1. Genehmigungen, Anerkennungen, Erlaubnisse, Gestattungen,
Fristverlängerungen Bewilligungen und andere Amtshandlungen | 5,00 €
bis 50.000,00 € |
| 2. Auskünfte, Akteneinsicht | |
| a) Schriftliche und mündliche Auskünfte aus amtlichen Unterlagen mit
Ausnahme einfacher schriftlicher und mündlicher Auskünfte | nach Zeitauf-
wand (Nr. A I.4.) |
| b) Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Daten-
träger usw. außerhalb eines anhängigen Verfahrens
je Akte, Kartei, Buch, Datenträger usw. (ohne dauernde Beaufsichtigung) | 4,00 €
mindestens 8,00 € |
| - wenn ein Beschäftigter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss | nach
Zeitaufwand (Nr.I.4.) |
| - Zuschlag zu Nr. 2a) und 2b) bei weggelegten Akten, Karteien, Büchern,
Datenträgern usw. | 4,00 € |
| - Zuschlag zu Nr. 2b) für die Versendung von Akten.
Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten. | je Sendung 13,50 € |
| 3. Beglaubigungen, Bescheinigungen, Zeugnisse | |
| a) Beglaubigungen von Unterschriften | 8,00 € |
| b) Beglaubigungen von Abschriften, Fotokopien usw.
die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde | 4,00 € |
| - in anderen Fällen, je Seite | 0,80 €
mindestens 8,00 € |
| c) Bestätigung der Echtheit einer in amtlicher oder öffentlicher
Funktion geleisteten Unterschrift auf einer deutschen Urkunde
zwecks Legalisation | je Urkunde 20,00 € |
| d) Ausstellung der Apostille nach Artikel 3 oder Prüfung nach
Artikel 7 des Haager Übereinkommens vom 5. Oktober 1961
zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der
Legalisation (BGBl. 1965 II S. 875, 876) in der jeweils geltenden
Fassung oder Beglaubigung oder entsprechende Förmlichkeit
aufgrund eines anderen Abkommens der Bundesrepublik Deutschland
mit dem Ausland über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden
und andere Förmlichkeiten | je Urkunde 20,00 € |
| e) andere Zeugnisse und Bescheinigungen | je Zeugnis und
Bescheinigung bis 5,00 €
100,00 € |

4. Gebühren nach Zeitaufwand

Diese werden erhoben, soweit dies in dieser Satzung bestimmt ist oder wenn Wartezeiten entstanden sind, die der Verwaltungskostenschuldner zu vertreten hat. Mit diesen Gebühren ist der Zeitaufwand der Beschäftigten abzugelten, die an der Erbringung der öffentlichen Leistung direkt beteiligt sind. Die Tätigkeit von Hilfskräften (z.B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet. Bei Dienstreisen und Dienstgängen wird die auf die Fahrt entfallende Zeit nicht berücksichtigt.

Die Gebühr nach Zeitaufwand beträgt je Viertelstunde bei Einsatz zu den üblichen Dienstzeiten für

a) Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte	20,50 €
b) Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte	15,50 €
c) für alle übrigen Beschäftigten	12,50 €
d) Zuschlag für Tätigkeiten außerhalb der üblichen Dienstzeit 25% der Kosten für 4a – c)	mindestens 15,00 €

II. Auslagen

1. Schreibauslagen, Fotokopien

- a) Maschinengeschriebene Ausfertigungen oder Abschriften aus Akten, öffentlichen Verhandlungen, amtlich geführten Büchern, Statistiken, Rechnungen u. a. für jede angefangene Seite DIN A 4 6,70 €
- b) Schwierige Ausfertigungen oder Abschriften, insbesondere bei fremdsprachigen, wissenschaftlichen, tabellarischen oder schwer lesbaren Texten nach Zeitaufwand (Nr. A 1.4.)
- c) Anfertigen von Kopien bis DIN A3, die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden, unabhängig von der Art der Herstellung und der Art des Übermittlungsmediums
- für die ersten 50 Seiten je Seite 0,50 €
 - für jede weitere Seite je Seite 0,15 €
 - für die ersten 50 Seiten in Papierform in Farbe je Seite 1,00 €
 - für jede weitere Seite in Papierform je Farbe je Seite 0,30 €
- d) Anfertigen von Kopien in Papierform größer als DIN A3, die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden,
- in schwarz-weiß je Seite 3,00 €
 - in Farbe je Seite 6,00 €
- e) Überlassung von elektronisch gespeicherten Dateien anstelle von Ausfertigungen, Abschriften oder Kopien in Papierform je Datei 1,50 €

B Besondere Verwaltungskosten

1. Finanzverwaltung

- | | |
|---|---------|
| a) Abgabenrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung | 10,00 € |
| b) Verlust der Kassenskarte | 20,00 € |

2. Liegenschaften

- | | |
|---|------------------|
| a) Auszüge aus der digitalen Stadtgrundkarte | |
| - als Schwarz-Weiß-Druck | 2,50 €/ha |
| - Mehrausfertigung eines Schwarz-Weiß-Druckes | 0,25 €/ha |
| - als Farbdruck | 3,00 €/ha |
| - Mehrfertigung eines Farbdruckes | 0,35 €/ha |
| - Bereitstellung von Vektordaten (DXF-Format)
auf Datenträger je angefangene 100 kbyte Datenmenge | 1,00 €/100 kbyte |
| Mindestgebühr | 10,00 € |
| b) Auszüge aus dem Orthophotoplan (Luftbild) | |
| - als Schwarz-Weiß-Druck | 2,50 €/ha |
| - als Farbdruck | 3,00 €/ha |
| - Bereitstellung als Rasterdaten auf Datenträger oder bis 4,5 MB als Email | 4,00 €/ha |
| c) schriftliche Auskunft über den Wert eines Grundstücks | 10,00 € |
| d) Erteilung einer Löschungsbewilligung für in Abt. III des Grundbuchs eingetragene nicht mehr valutierende Grundpfandrechte (Grundschulden, Hypotheken, Sicherungshypotheken) | |
| - bis zu einem Nennbetrag von 4.999,-- Reichsmark (RM), Goldmark (GM), Mark der DDR (M), Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (MDN), Deutsche Mark (DM) oder Euro (EUR) | 20,00 € |
| - bei einem Nennbetrag von 5.000,-- bis 9.999,-- | 25,00 € |
| - bei einem Nennbetrag von 10.000,-- bis 49.999,-- | 35,00 € |
| - bei einem Nennbetrag von 50.000,-- bis 99.999,-- | 50,00 € |
| - bei einem Nennbetrag von 100.000,-- bis 250.000,-- | 70,00 € |
| - bei einem Nennbetrag über 250.000,-- | 95,00 € |
| e) Erteilung einer Löschungsbewilligung für in Abt. II des Grundbuchs eingetragene Rechte | |
| - bis zu einem Bodenwert des belasteten Grundstücks in Höhe von 4.999,- € | 20,00 € |
| - bei einem Bodenwert des belasteten Grundstücks von 5.000,- bis 9.999,- € | 25,00 € |
| - bei einem Bodenwert des belasteten Grundstücks von 10.000,- bis 49.999,- € | 35,00 € |
| - bei einem Bodenwert des belasteten Grundstücks von 50.000,- bis 99.000,- € | 50,00 € |
| - bei einem Bodenwert des belasteten Grundstücks von 100.000,- bis 250.000,- € | 70,00 € |
| - bei einem Bodenwert des belasteten Grundstücks von mehr als 250.000,- € | 95,00 € |
| Der Gebührenschlüssel ist analog auch bei Erbbaurechten anzuwenden.
Der Bodenwert wird auf Grundlage des aktuellen Bodenrichtwertes ermittelt. | |
| f) Abgabe von Vorrangeinräumungen oder Rangrücktrittserklärungen zu den in Abt. II und/oder III des Grundbuchs eingetragenen Rechten die Hälfte der unter d) oder e) aufgeführten Gebühren je betroffenes Recht | |
| g) Fortschreibung des Sondereigentums einer Garage vom bisherigen Nutzer auf einen neuen Nutzer („Dreiseitiger Vertrag“) | 15,00 € |

3. Stadtplanung/Stadtsanierung

- | | |
|--|---------|
| a) Ausstellen eines Zeugnisses über Nichtbestehen bzw. Nichtausübung eines gesetzlichen Vorkaufsrechts je Grundstückskaufvertrag | 20,00 € |
| b) Erteilung einer Bescheinigung gemäß §§ 7 h, 10 f, 11 a und 52 Abs. 21 Satz 6 Einkommenssteuergesetz (EStG) | 20,00 € |

4. Bau- und Grundstücksverwaltung

- | | |
|--|--------------------------------|
| a) Bescheinigung über Anliegerleistungen | nach Zeitaufwand
(P.A 1.4) |
| b) schriftliche Auskunft über den Erschließungsstand | nach Zeitaufwand
(P. A 1.4) |
| c) Erlaubnis oder Ausnahmegewilligung aufgrund einer Satzung | 5,00 €
bis 100,00 € |
| d) Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m. § 142 Abs. 6 Telekommunikationsgesetz | |
| - für punktuelle Aufbrüche (z. B. für Muffenloch, Kabelverteilerschrank, einschl. Leitungsgraben bis ca. 5 m Gesamtlänge für Hausanschlussleitung etc.) | 20,00 € |
| - für Leitungstrassen bzw. -gräben bis 200 m Länge | 72,00 € |
| - für Leitungstrassen bzw. -gräben über 200 m Länge | 108,00 € |

5. Sondernutzungen

Verwaltungsgebühren bei Antragstellung auf Sondernutzungsgenehmigung

- | | |
|---|----------|
| a) einfache Sondernutzungen ohne Aufgrabungen öffentlicher Verkehrsflächen (z.B. Gerüststellung, Lagerung von Baumaterial, Containeraufstellung u.ä.) | |
| - mit einer Inanspruchnahme bis 20 m ² öffentliche Verkehrsfläche | 10,00 € |
| - mit einer Inanspruchnahme von über 20 m ² öffentliche Verkehrsfläche | 20,00 € |
| - für Aufstellung von Plakatträgern oder anderen Werbeträgern bis 15 Stück | 15,00 € |
| - für Aufstellung von Plakatträgern oder anderen Werbeträgern über 15 Stück | 25,00 € |
| b) Straßenaufbrüche | |
| - bis 10 m ² Aufbruch der öffentlichen Verkehrsfläche | 40,00 € |
| - von 11-200 m ² Aufbruch öffentlicher Verkehrsfläche | 60,00 € |
| - über 200 m ² Aufbruch öffentlicher Verkehrsfläche | 80,00 € |
| c) Aufbrüche in öffentlichen Grünanlagen | |
| - bis 10 m ² Aufgrabungsfläche in der Grünanlage | 30,00 € |
| - von 11-200 m ² Aufgrabungsfläche in der Grünanlage | 40,00 € |
| - über 200 m ² Aufgrabungsfläche in der Grünanlage | 50,00 € |
| d) Genehmigung einer Grundstückszufahrt | |
| - bei einfachen Fällen | 50,00 € |
| - bei mittelschwerigen Fällen mit örtlichen Erhebungen | 80,00 € |
| - bei schwierigen Fällen mit höherem Zeitaufwand | 120,00 € |
| e) Verlängerung einer erteilten Sondernutzungsgenehmigung | 10,00 € |

6. Baumschutzangelegenheiten

Gebühr für die Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen gemäß Satzung über den Schutz des Baumbestandes § 5 (1) Nr. 2 und 3 je Antrag 90,00 €